

Anlage 1 zu § 2 Abs. 5 des Revolvingvertrages

Besondere Bestimmungen für die Gewährung und Verwendung von Darlehen aus dem Revolvingfonds (Besondere Bestimmungen):

I. Darlehenszweck und Förderkatalog

(1) Die Bank gewährt die Darlehen im Rahmen der Zweckbestimmung des § 2 des Revolvingvertrages. Der Förderkatalog zu § 2 Abs. 2 ist Bestandteil der Besonderen Bestimmungen (Anlage 2 Katalog).

(2) Eine Darlehensgewährung zum Zwecke der Umschuldung oder für die laufende Wirtschaftsführung ist ausgeschlossen.

(3) Eine Darlehensgewährung darf nur in den Fällen erfolgen, in denen für das Projekt und denselben Zweck nicht aus anderen Mitteln des Bundeshaushalts eine Zuwendung gewährt wird.

II. Voraussetzung und Höhe der Darlehensgewährung

(1) Voraussetzung für die Gewährung von Darlehen ist, dass eine vertragsgemäße Durchführung der Maßnahme sowie die Bonität der Darlehensnehmer gewährleistet sind. Die Bank bemisst die Laufzeit der Darlehen nach der Nutzungsdauer der zu fördernden Maßnahme; die Darlehen sind jedoch mit mindestens 4 vom Hundert zu tilgen. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann eine Laufzeitverlängerung bzw. nach den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen ein Tilgungsaufschub von maximal 3 Jahren gewährt werden.

(2) Die Höhe der Darlehen kann bis zu 50 vom Hundert der Gesamtkosten eines Vorhabens betragen. Mit schriftlicher Einwilligung des Bundes kann die Höchstgrenze im Ausnahmefall überschritten werden.

(3) Vor der Gewährung eines Darlehens ist die schriftliche Zustimmung des betroffenen Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege einzuholen.

III. Verfahren der Darlehensvergabe

(1) Voraussetzung für die Gewährung eines Darlehens ist die vorherige Beratung im Darlehensausschuss, in welchem die BAG FW-Verbände und das im BMFSFJ zuständige Fachreferat vertreten sind, sowie eine auf die Beratung folgende Empfehlung an den Vergabeausschuss. Das Bundesinteresse an einem Vorhaben ist in der Empfehlung darzulegen.

(2) Der Vergabeausschuss setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dem ein Vetorecht zusteht, und der Bank.

(3) Darlehens- und Vergabeausschuss können sich eine Geschäftsordnung geben.

(4) Die Entscheidung über die Darlehensvergabe trifft ein Vergabeausschuss nach Maßgabe der hier niedergelegten Besonderen Bestimmungen in einvernehmlicher Regelung auf der Grundlage der Empfehlung des Darlehensausschusses.

IV. Sicherheitsleistung

(1) Für jedes Darlehen ist eine angemessene Sicherheit zu leisten. Bei Darlehen bis zu 50.000 Euro kann hiervon abgesehen werden. Als angemessene Sicherheit gilt in der Regel bei der Gewährung von Darlehen für:

- a) Immobilien die Eintragung einer jederzeit fälligen, mit 15 vom Hundert jährlich verzinslichen Buchgrundschuld an rangbereitetester Stelle mit der Maßgabe, dass der jeweilige Eigentümer der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen ist; dem Grundpfandrecht dürfen nur Mittel des freien Kapitalmarktes vorgehen; Zuwendungen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die zur Finanzierung derselben Maßnahme gewährt werden, sind gleichrangig mit dem Grundpfandrecht der Bank zu sichern,
- b) Mobilien die Sicherungsübereignung, soweit keine oder keine ausreichende grundbuchmäßige Sicherung gegeben werden kann.

(2) Wird ein Erbbaurecht belastet, so soll die Zustimmung der Grundstückseigentümer zu einer etwaigen Zwangsvollstreckung vorliegen, soweit dies nach den §§ 5 und 8 der Erbbaurechtsverordnung erforderlich ist.

(3) Darüber hinaus darf die Bank auch andere bankübliche Sicherheiten bei der Darlehensgewährung hereinnehmen.

(4) Die Bank ist verpflichtet, die Angemessenheit der Sicherheiten sorgfältig zu prüfen.

(5) Die Bank kann die Vergabe von Darlehen an juristische Personen des öffentlichen Rechts ohne die in Absatz 1 bis 3 angeführten Sicherungen vornehmen.

(6) Bei der Vergabe der Darlehen hat die Bank in jedem Falle die Voraussetzungen für das Entstehen der Rückzahlungsansprüche und ihre Fälligkeit in einem Schuldanerkenntnis festzulegen.

V. Darlehensbedingungen

In den Darlehensverträgen sind außer der Zweckbestimmung des Darlehens, seiner Höhe, der Tilgung, der Sicherheitsleistung, den Bearbeitungs- und Verwaltungsgebühren folgende Regelungen zu vereinbaren:

- 1. Auf die Darlehen finden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Bundes zur Projektförderung (ANBest-P) in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.
- 2. Der Anspruch auf Auszahlung des Darlehens darf weder abgetreten noch verpfändet werden, es sei denn, dass die Abtretung oder Verpfändung zur Zwischenfinanzierung der mit dem Darlehen zu finanzierenden Maßnahmen erfolgt und die Bank zustimmt. Bei einer etwaigen Pfändung des Darlehensanspruchs durch Dritte hat der Darlehensnehmer den Dritten auf die Unpfändbarkeit der Darlehensforderung hinzuweisen und die Bank sowie den betreffenden Spitzenverband umgehend zu unterrichten.
- 3. Der Darlehensrestbetrag wird sofort in voller Höhe zur Rückzahlung fällig, wenn
 - a) der Darlehensnehmer aus dem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ausscheidet, dem er angehört,

- b) das Eigentum an der Einrichtung, für die das Darlehen gegeben wird, auf eine andere Stelle übergeht, es sei denn, dass der neue Eigentümer ebenfalls einem Spitzenverband angehört und mit Zustimmung dieses Spitzenverbandes und der Bank in den Vertrag eintritt,
- c) die Einrichtung des Darlehensnehmers stillgelegt oder aufgelöst wird,
- d) der Darlehensnehmer seine Zahlungen einstellt,
- e) der Darlehensnehmer Darlehensbeträge anders, als im Darlehensvertrag vorgesehen, verwendet, es sei denn, dass die Bank, falls erforderlich, im Einvernehmen mit den bei der Darlehensgewährung beteiligten Stellen die Darlehenszweckänderung genehmigt.

Die Bank kann Einzelheiten über die Rückzahlung vereinbaren.

- 4. Eine sofortige Rückzahlung des Darlehensrestbetrags kann insbesondere gefordert werden, wenn
 - a) der Darlehensnehmer mit einer Schuldendienstzahlung vier Wochen im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung nicht innerhalb von weiteren zwei Wochen zahlt,
 - b) der Anspruch des Darlehensnehmers gegen die Bank gepfändet, verpfändet oder abgetreten wird, es sei denn, dass die Abtretung oder Verpfändung zur Zwischenfinanzierung der zu fördernden Maßnahmen vorgenommen wird und die Bank hierzu ihre schriftliche Einwilligung gegeben hatte,
 - c) der Darlehensnehmer nicht drei Monate nach Beendigung der Maßnahme die im Einzelfall erforderliche Gebäude- und Sachversicherung nachweist.
- 5. Vor Auszahlung des Darlehens hat der Darlehensnehmer einen ausreichenden Versicherungsnachweis zu erbringen.
- 6. Kommt der Darlehensnehmer mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug, sind die geschuldeten Beträge einschließlich der Verwaltungsgebühren der Bank vom Eintritt des Verzuges an mit dem gesetzlichen Zinssatz nach § 288 Abs. 1 BGB zu verzinsen.